

[SAPMO-BArch DY 30/ vorl. SED 42726

Abschrift]

Erklärung
des Parteivorstandes der SEW
vom 7. Dezember 1989

I.

Seit der letzten Tagung des Parteivorstandes haben sich die Entwicklungen in der DDR weiter zugespitzt. Unübersehbar ist: Das auch in der DDR praktizierte Sozialismus-Modell ist politisch und moralisch vollständig in Verruf geraten und endgültig gescheitert.

Es erweist sich erneut, daß niemand die Kommunisten kompromittieren kann, wenn sie sich nicht selbst kompromittieren. Innerhalb der Linken in unserer Stadt, vor allem natürlich unter unseren Mitgliedern, hat das schändliche Verhalten führender Repräsentanten der SED, die sich Kommunisten nannten, Empörung, Wut und das Gefühl, politisch und moralisch betrogen worden zu sein, ausgelöst. Diese Machenschaften, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, haben die Arbeit Tausender ehrlicher Kommunistinnen und Kommunisten in Westberlin diskreditiert. Dies wirkt auch weit in die demokratische und Arbeiterbewegung, in die Linke dieser Stadt hinein.

Wir haben 40 Jahre lang unsere Identität als Kommunistinnen und Kommunisten in Westberlin aber nicht zuletzt über diesen vermeintlich realen Sozialismus realisiert, den wir bis zuletzt verteidigten und als die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung charakterisiert haben. Der Name unserer Partei, die sich in ihrem Statut, in ihren programmatischen Aussagen und in ihren politischen Handlungen als besonders eng mit der SED und der DDR verbunden bezeichnete, wird zu Recht aufs engste mit dem dort gescheiterten Sozialismus-Modell in Verbindung gebracht.

Auch die materielle Abhängigkeit der SEW hat zu einer Situation geführt, die jetzt eine Auflösung unserer Partei notwendig macht.

Deshalb ist für uns ein radikales Umdenken nötig, deshalb geht es um einen geistigen und politischen Neuanfang der revolutionären Linken in Westberlin. Zwar hat sich die SEW seit ihrem VIII. Parteitag darum bemüht, einen Prozeß der Erneuerung in Gang zu setzen, um die Partei wieder handlungsfähig zu machen. Dieser Prozeß wurde aber zu spät eingeleitet und zu zaghaft durchgeführt. Wo radikales Umdenken nötig gewesen wäre, fand eine Politik der „kleinen Schritte“ statt. Vor allem die in den Zeiten des Stalinismus gewachsenen organisatorischen Strukturen und politischen Umgangsformen der Partei wurden nicht oder nicht entschieden genug in Frage gestellt und überwunden. In diesem Zusammenhang gilt es auch, alle in der Vergangenheit zu Unrecht aus der Partei Ausgeschlossenen um Entschuldigung zu bitten.

Der Parteivorstand der SEW stellt seine Empfehlung zur Diskussion, auf einem außerordentlichen Parteitag über die Auflösung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins zu befinden. Er verzichtet darauf, zukünftig als Führungsorgan der Partei zu agieren. Seine Mitglieder bleiben nur deshalb in ihrer Funktion, um die Auflösung der Partei vorzubereiten und abwickeln zu können.

II.

Der jahrzehntelange Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in Westberlin war nicht vergeblich. Ungeachtet der Verfolgungen in den Zeiten des kalten Krieges, ungeachtet der Berufsverbote und anderer repressiver Maßnahmen haben Genossinnen und Genossen einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag im Kampf für den Frieden, für die sozialen und politischen Interessen der Arbeitenden Westberlins geleistet.

Mit der Tätigkeit unserer Partei für immer verbunden bleiben vor allem ihre initiierende und kämpferische Haltung bei den sozialen Kämpfen, bleiben die Aktivitäten um die Ächtung der Atomwaffen („Stockholmer Appell“), die Kampagne für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR („Anerkennungspartei“), der Kampf gegen den Korea- und Vietnam-Krieg und die Mobilisierung für den Kampf gegen die Stationierung von NATO-Erstschlagswaffen sowie für die Formierung der Friedenskräfte in unserer Stadt.

Die persönliche Integrität und Opferbereitschaft der Mitglieder unserer Partei stand und steht außerhalb jeden Zweifels.

III.

Angesichts der auf die Veränderung des Status quo ausgerichteten Politik der Konservativen, die im Massenbewußtsein in West und Ost einen immer größeren Einfluß zu gewinnen scheint, angesichts wachsender sozialer Widersprüche und Konflikte, angesichts auch des zunehmenden politischen Einflusses faschistischer und rechtsextremistischer Kräfte, ist auch zukünftig die Existenz einer organisierten politischen Kraft der revolutionären Linken in Westberlin dringend vonnöten. Es geht um die Ausarbeitung und Durchsetzung einer konsequent antikapitalistischen und anti-imperialistischen Strategie und Politik auf marxistischer Grundlage.

Organisationen der revolutionären Arbeiterbewegung existieren nicht um ihrer selbst willen. Sie sind allein als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und anderen Lohnabhängigen, der Schwachen und Unterprivilegierten, der in unserer Gesellschaftsordnung Ausgegrenzten legitimiert.

Die Neuformierung einer solchen Organisation der revolutionären Linken in Westberlin kann nur „von unten“ realisiert werden. Unabdingbare Voraussetzungen dafür sind Dialog und Meinungsstreit mit möglichst allen demokratischen und linken Kräften: Sie wird nur im Ergebnis eines kollektiven Lernprozesses entstehen und politikfähig sein können. Um diesen Diskussions- und Lernprozeß zu ermöglichen, sollten sich alle Genossinnen und Genossen in ihren Strukturen oder in neuzuschaffenden Strukturen zusammentun sowie alle für diesen Zweck noch zur Verfügung stehenden Institutionen, Foren und Publikationsorgane nutzen.

Der Parteivorstand ruft alle Mitglieder der SEW dazu auf, Initiativen aktiv zu unterstützen, die einen Neuanfang revolutionärer Theorie und Praxis in Westberlin vorbereiten.

Herausgeber: Parteivorstand der SEW